

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: [Stadtverwaltung Neuwied] ---

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Kommunalebene*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Neubau KITA Raiffeisenring - Vergabe Fachplanung für die technische Gebäudeausrüstung (LPH 1-9)

Beschreibung: Auf dem Grundstück Raiffeisenring 1 im Stadtgebiet Neuwied, soll eine 8-gruppige Kita für ca. 140 Kinder errichtet werden. [1]. Vergabe der Fachplanung für die technische Gebäudeausrüstung gem. HOAI 2021, §53 und §55, Leistungsphasen (LPH) 1-9, nach Annahme AG Honorarzone III zuzuordnen. Allerdings im Rahmen der Kalkulation durch den AN zu prüfen: Anlagengruppe 1 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, Anlagengruppe 2 Wärmeversorgungsanlagen, Anlagengruppe 3 Lufttechnische Anlagen, Anlagengruppe 5 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen, Anlagengruppe 6 Förderanlagen (Aufzug), Anlagengruppe 7 Nutzungsspezifische und verfahrenstechnische Anlagen, Anlagengruppe 8 Gebäudeautomation. Es ist eine stufenweise Beauftragung von Leistungen gem. HOAI 2021, LPH 1-9 vorgesehen. Stufe 1: LPH 1-4, Stufe 2: LPH 5-7, Stufe 3: LPH 8-9. [2]. Vorgesehene Terminplanung: Beginn LPH 1 Architekt: ca. 11/2023, Einbindung Fachplanung für die technische Gebäudeausrüstung: 2 Wochen nach Auftragserteilung, Baubeginn: ca. 01/2026, Fertigstellung: ca. 01/2027. [3]. Projektbeschreibung: Adresse: Raiffeisenring, 56564 Neuwied, Gemarkung/Flurstück: Heddesdorf, Flur 2, Flurstück 39/11 und 39/6. Geschätzte Baukosten (KG 200-700): Gesamt Baukosten 9.482.924,00 € brutto 7.968.844,00 EUR netto zzgl. 19 % MwSt., 122.500,00 EUR netto zzgl. 19 % MwSt. für die KG 200, 4.307.760,00 EUR netto zzgl. 19 % MwSt., für die KG 300 1.334.840,00 EUR netto zzgl. 19 % MwSt., für die KG 400 565.920,00 EUR netto zzgl. 19 % MwSt., für die KG 500 245.000,00 EUR netto zzgl. 19 % MwSt., für die KG 600, 1.392.824,00 EUR netto zzgl. 19% MwSt. für die KG 700. Fördermittel: Gewährung von Zuwendungen zu den Baukosten von Kindertagesstätten. Aktuelle Ermittlung des Neubaus BGF: 2000m² Fläche [4]. Weitere Informationen entnehmen Sie der "Anlage 01 Beschreibung der Beschaffung_HLS" aus den Vergabeunterlagen.

Kennung des Verfahrens: 38f15f6c-c40d-46c2-ba26-1536eb66194f

Interne Kennung: 2024-09

Verfahrensart: *Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb*

Das Verfahren wird beschleunigt: No

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Haupteinstufung (cpv): 71320000 *Planungsleistungen im Bauwesen*

2.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: *Neuwied* (DEB18)

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Informationen: Adresse: Raiffeisenring, 56564 Neuwied,
Gemarkung/Flurstück: Heddesdorf, Flur 2, Flurstück 39/11 und 39/6.

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 260000 EUR

2.1.4 Allgemeine Informationen

Verfahrensart

Zusätzliche Informationen: [1.] Landestariftreuegesetz - LTTG Rheinland-Pfalz - Landesgesetz zur Schaffung tariftreurechtlicher Regelungen – Rheinland-Pfalz Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landestariftreuegesetzes vom 8. März 2016: Die Bieter/Bewerber haben die Verpflichtung das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz zu beachten und einzuhalten. Das Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindest-entgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätztem Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei der Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen. Im Hinblick auf das v. g. Landesgesetz machen wir darauf aufmerksam, dass gemäß § 6 Nachweise und Kontrollen LTTG dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung nach §§ 3 Mindestentgelt und 4 Tariftreuepflicht auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen ist und im Falle der Missachtung nach § 7 LTTG sanktioniert wird. Im Kontext zu § 7 Sanktionen LTTG wird um die Einhaltung der Verpflichtungen nach §§ 3 bis 6 zu sichern, für einen schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H. des Auftragswertes vereinbart. In diesem Zusammenhang ist das beauftragte Unternehmen zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Des Weiteren wird vereinbart, dass die mindestens grob fahrlässige und erhebliche Nichterfüllung einer Verpflichtung nach §§ 3 bis 6 durch das beauftragte Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Bei Fehlen der Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 3 Abs. 1 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen. Bei Fehlen der Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 4 Abs. 6 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen. Bieter/Bewerber mit Sitz im Inland, sowie deren Nachunternehmer mit Sitz im Inland, Verleiher von Arbeitskräften mit Sitz im Inland haben gemäß den Vorgaben des LTTG Rheinland-Pfalz eine Verpflichtungserklärung abzugeben. Dies gilt auch, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz im Inland beschäftigt sind. [2].Der Bewerber hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland

hat. Dafür ist die“Erklärung BMWK“ auszufüllen und als Teil der Angebotsunterlagen abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. Der Angebotsunterlagen sind auf der Vergabeplattform (www.subreport.de bzw. iTWO tender) eingestellt. [3] .Die Angebotsunterlagen / Teilnahmanträge und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform (www.subreport.de) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Angebot auf die Plattform hochzuladen. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter, der die Erklärung abgibt, zu benennen. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. [4]. Der öffentliche Auftraggeber kann den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten (vgl. § 17 Abs. 11 VgV). [5]. Teilnahmeanträge, die nach Ablauf des vorgenannten Schlusstermins eingehen, werden von der Wertung ausgeschlossen. Der Teilnahmeantrag ist unter Verwendung der in den Vergabeunterlagen enthaltenen Formblätter im PDF-Dateiformat, ggf. eingescannt, ohne Kopier- / Druckschutz, zu übermitteln, sofern in den Vergabeunterlagen kein anderes Format vorgegeben oder zugelassen ist. Eine Abgabe der Teilnahmeanträge per Post, Fax oder E-Mail ist nicht zugelassen. [6]. Diese Hinweise gelten auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

VgV

2.1.5 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 1

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

2.1.6 Ausschlussgründe:

Rein nationale Ausschlussgründe: [[1]. Der Auftraggeber wird einen Bewerber von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausschließen, wenn ein zwingender Ausschlussgrund i. S. d. § 123 GWB vorliegt. Ferner kann der Auftraggeber unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit einen Bewerber auch dann ausschließen, wenn ein fakultativer Ausschlussgrund i.S.d. § 124 GWB gegeben ist. Daneben wird auf die Ausschlussgründe nach § 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 Abs. 1 A-EntG, § 98c AufenthG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG hingewiesen. Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen haben Bewerber und bevollmächtigte Vertreter einer Bewerbungsgemeinschaft eine Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Diese Erklärung zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe ist in auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen (dort Ziffer 3) integriert. Hinweis: Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß §

125 GWB sind auf separater Anlage zu machen. Sonstige (nicht bevollmächtigte) Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und eignungsverleihende Unternehmen haben ebenfalls eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Dafür hat jedes nicht bevollmächtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft und jedes eignungsverleihende Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber sich zum Nachweis seiner Eignung beruft (vgl. § 47 VgV) diese Erklärung auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen (dort Ziffer 3) ausgefüllt und in Textform dem Teilnahmeantrag beizufügen. Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind auf separater Anlage zu machen.] ---

5 Los

5.1 Los: LOT-0001

Titel: Fachplanung für die technische Gebäudeausrüstung

Beschreibung: [1]. Vergabe der Fachplanung für die technische Gebäudeausrüstung gem. HOAI 2021, §53 und §55, Leistungsphasen (LPH) 1-9, nach Annahme AG Honorarzone III zuzuordnen. Allerdings im Rahmen der Kalkulation durch den AN zu prüfen: Anlagengruppe 1 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, Anlagengruppe 2 Wärmeversorgungsanlagen, Anlagengruppe 3 Lufttechnische Anlagen, Anlagengruppe 5 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen, Anlagengruppe 6 Förderanlagen (Aufzug), Anlagengruppe 7 Nutzungsspezifische und verfahrenstechnische Anlagen, Anlagengruppe 8 Gebäudeautomation. Es ist eine stufenweise Beauftragung von Leistungen gem. HOAI 2021, LPH 1-9 vorgesehen. Stufe 1: LPH 1-4, Stufe 2: LPH 5-7, Stufe 3: LPH 8-9. [2]. Vorgesehene Terminplanung: Beginn LPH 1 Architekt: ca. 11/2023, Einbindung Fachplanung für die technische Gebäudeausrüstung: 2 Wochen nach Auftragserteilung, Baubeginn: ca. 01/2026, Fertigstellung: ca. 01/2027. [3]. Projektziele TGA: Projektziele Wasser, Abwasser, Beheizung, Lüftung. Es werden einfache, leicht zu betreibende und wartende Systeme angestrebt. Das Gesamtkonzept für die Gebäude sollte hinsichtlich energetischer, betriebstechnischer und wirtschaftlicher Optimierungspotentiale bewertet werden. Grundsätzlich sind Investitionskosten für die Haustechnik in eine angemessene Relation zu ihrem Einsparpotenzial zu setzen. Die erforderliche Regelungstechnik sollte möglichst geringgehalten werden und wartungsarm sein. Die Bauweise wird im Planungsprozess festgelegt. Ggf. kann diese als Holz-/ Holzhybridgebäude geplant werden. Die TA muss bei Entscheidung für eine Holz-/Holzhybridkonstruktion in die vorgefertigten Elemente integriert werden. Beheizung: Angestrebt wird eine hohe thermische Behaglichkeit. Für Heizung und Lüftung sind Low-Tech-Varianten mit hohem Anteil erneuerbarer Energien anzustreben. Außerhalb der Nutzungszeit ist eine zentrale Temperaturabsenkung am Wärmeerzeuger gewünscht. Belüftung und sommerlicher Wärmeschutz: An die Lufthygiene innerhalb des Gebäudes werden hohe Anforderungen gestellt. Lüftungsmöglichkeiten sind in Verbindung mit Fensterlüftung ausreichender Größe vorzusehen. Es wird eine separate Be- und Entlüftung der WC-Bereiche gewünscht. Vor dem Hintergrund sich verändernder Klimabedingungen soll dem winterlichen, aber auch dem sommerlichen Wärmeschutz besondere Aufmerksamkeit zukommen (z. B. Verschattung, Nachtauskühlung). Der Nutzerkomfort soll als oberste Priorität gesehen werden. Sollte der sommerliche Wärmeschutz nicht erfüllt werden können, ist ggf. auch eine Planung mit Klima- und Lüftungsanlagen in Betracht zu ziehen. Ggf. übersteigt die Anschlussleistung der wärme- und feuchteabgebenden Geräte in der Küche die 25kW, weshalb eine Abluftanlage zu planen wäre. Dies ist abhängig von der Küchenplanung, die extern beauftragt wird und sollte beim Zeit- und Kostenfaktor mitberücksichtigt

werden. Trinkwasseranlagen: Die Trinkwasserverordnung ist einzuhalten, Legionellen-Prophylaxe ist vorzusehen. Die erforderlichen Entnahmestellen für die Trinkwasseruntersuchung und automatische Spüleinrichtungen sind vorzusehen. Leckage-Überwachung und Enthärtungsanlage sind vorzusehen. [4]. Sonstige besondere Bedingungen: Die örtliche Präsenz während der Bauzeit ist sicherzustellen. Die personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort ist sicherzustellen. Im Auftragsfall ist eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben. Projekt- und Planungsbesprechungen finden in Neuwied statt. Die Kommunikation ist in deutscher Sprache zu führen. Ein Austausch, der im ursprünglichen bezuschlagten Angebot benannten Unterauftragnehmer, ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Bauherrn zulässig. [5]. Weitere Planer und Sachverständigen, die seitens der Stadt beauftragt werden: Küchenplanung, Fachplanung für die technische Gebäudeausrüstung HLS+E, Brandschutzsachverständiger, SiGeKo, Landschaftsarchitekt, Bodengutachter, Vermesser, Nachhaltigkeitskoordinator Architekt Objektplanung. [6]. Weitere Informationen entnehmen Sie der "Anlage 01 Beschreibung der Beschaffung_HLS" aus den Vergabeunterlagen.

Interne Kennung: 2024-09

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Haupteinstufung (cpv): 71320000 *Planungsleistungen im Bauwesen*

Optionen:

Beschreibung der Optionen: [1]. Stufenweise Beauftragung: Stufe 1: LPH 1-4, Stufe 2: LPH 5-7, Stufe 3: LPH 8-9. [2] .Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen/Leistungsphasen. Leistungsstufen/Leistungsphasen, die der Auftraggeber nicht mit Vertragsabschluss beauftragt, stehen unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Auftraggeber sie später abrufen. Mit Vertragsschluss werden die Leistungsstufe/-n/Leistungsphase/-n "1-4" beauftragt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen/Leistungsphasen oder auf einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken.

5.1.2 Erfüllungsort

Ort: Neuwied

Postleitzahl: 56564

NUTS-3-Code: *Neuwied (DEB18)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Informationen: Adresse: Raiffeisenring, 56564 Neuwied
Gemarkung/Flurstück: Heddesdorf, Flur 2, Flurstück 39/11 und 39/6

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 02/01/2025

Enddatum: 04/01/2027

5.1.5 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 260000 EUR

5.1.6 Allgemeine Informationen

Reservierte Teilnahme: *Entfällt*

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: *Erforderlich für das Angebot*

Nicht mit EU-Mitteln finanziertes Beschaffungsprojekt

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen

Besonders geeignet für KMU

Zusätzliche Informationen: [1]. Bewerber- und Bietergemeinschaften: Die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten durch Bewerber- und Bietergemeinschaften ist zulässig. Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung einzureichen, in der die Bildung einer Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Für diese Erklärungen ist die in den Teilnahmeantrag/ Bewerbungsbogen integrierte „Erklärung bei Bewerber-/Bietergemeinschaften“ zu verwenden. Die unterschriebene Bietererklärung ist im Original dem Auftraggeber auf Anforderung vorzulegen. Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat die in dem Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen geforderten Angaben und Unterlagen vorzulegen. Zusätzlich ist das Formblatt 234 (Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft) einzureichen. Die Bildung von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften muss vor Einreichung des Teilnahmeantrags erfolgen. Eine nachträgliche Bildung einer Bewerber- oder Bietergemeinschaft, insb. nach Ablauf der Frist zur Einreichung des Teilnahmeantrags, ist nicht zulässig. [2]. Eignungsleihe: Im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die technische und berufliche Leistungsfähigkeit kann ein Bewerber die Kapazitäten anderer Unternehmen (Dritte) in Anspruch nehmen (sog. „Eignungsleihe“, vgl. § 47 VgV). Diese Möglichkeit besteht ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Ein Bewerber kann sich auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten Dritter bedienen. Findet eine Eignungsleihe statt, hat der Bewerber in dem Formblatt Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen (dort Abschnitt 5 sowie Anlage 04 Eigenerklärung zur Eignungsleihe) anzugeben, dass er Kapazitäten anderer Unternehmen für die Eignungsprüfung in Anspruch nimmt. Zudem muss der Bewerber im Falle der Eignungsleihe nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel und Kapazitäten dieser anderen Unternehmen tatsächlich zur Verfügung stehen (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 1 VgV). Diesen nach § 47 Abs. 1 VgV erforderlichen Nachweis erbringt der Bewerber, indem er mit dem Teilnahmeantrag zum Beispiel eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Für den Nachweis in Form einer Verpflichtungserklärung ist es ausreichend, wenn das Formblatt 236 (Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen) ausgefüllt und von dem anderen Unternehmen unterzeichnet dem Teilnahmeantrag beigelegt ist. Der Nachweis ist auch auf andere gleich geeignete Weise möglich, die belegt, dass dem Bewerber

die Mittel und Kapazitäten tatsächlich verbindlich zur Verfügung stehen. Ein gleich geeigneter Nachweis kann beispielsweise ein entsprechender Vertrag zwischen Bewerber und Dritten sein. Außerdem muss jeder Dritte, auf dessen Eignung sich der Bewerber bezieht, seine Eignung in dem Umfang wie der Bewerber selbst nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die relevanten Erklärungen auf dem Formblatt Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen (Abschnitt 2) durch den Dritten abzugeben und dem Teilnahmeantrag beizulegen sind. Weiter verlangt der Auftraggeber für den Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, dass das andere Unternehmen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe gemeinsam mit dem Bewerber für die Auftragsausführung haftet (§ 47 Abs. 3 VgV). Diese Erklärung ist in das Formblatt 236 (Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen) integriert. Dieses ist ausgefüllt und von dem Dritten unterschrieben und eingescannt zusammen mit dem Teilnahmeantrag an den Auftraggeber zu übermitteln. Im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit sind in dem auf dem Formblatt Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen (Abschnitt 2) auch die Referenzprojekte des Dritten einzugeben. Der Dritte ist dann jeweils als Referenznehmer zu benennen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit (wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder einschlägige berufliche Erfahrung) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch genommen werden können, wenn diese (Dritte) die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV). Schließlich muss auch der Dritte, auf dessen Eignung sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft beruft, nachweisen, dass für ihn keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu hat der Bewerber das Formblatt Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen (dort Abschnitt 3) durch jeden Dritten ausgefüllt und in Textform dem Teilnahmeantrag beizufügen. Angaben zu etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind ebenfalls in dem Formblatt TW8 – Ausschlussgründe Dritte und ggf. auf separater Anlage zu machen. Der Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen (Dritte), deren Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Erfüllt der Dritte die entsprechenden Eignungskriterien nicht vollständig oder liegt ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB vor, muss der Bewerber dieses Unternehmen ersetzen. Hierfür setzt der Auftraggeber dem Bewerber eine angemessene Frist. Der Auftraggeber behält sich vor, die Ersetzung des Dritten auch dann zu verlangen, wenn in dessen Person ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt.

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Entfällt*

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: *Eignung zur Berufsausübung*

Beschreibung: [1]. Der Auftraggeber prüft, ob bei dem Bewerber die Befähigung und die Erlaubnis zur Berufsausübung gemäß § 44 VgV

vorliegen. Zur Bewerbung sind zugelassen alle natürlichen Personen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur/in zu tragen oder wenn sie nach den geltenden EU-Richtlinien berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur/in tätig zu werden. Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung müssen Einzelbewerber sowie alle Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister des Staats nachweisen, in dem sie niedergelassen sind. Der Nachweis erfolgt durch:
1.1 Angaben auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen, und
1.2. Zusätzliches Beifügen eines aktuellen Berufs- bzw. Handelsregisterauszugs (nicht älter als drei Monate). Sofern die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, ist dies auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen entsprechend anzugeben.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Beschreibung: Der Auftraggeber wird ferner die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers überprüfen. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn nach der Einschätzung des Auftraggebers anzunehmen ist, dass der Bewerber über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um seine laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem hiesigen Auftrag zu erfüllen. [1]. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit verlangt der Auftraggeber die im Folgenden genannten Angaben und Nachweise, die der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen hat: Umsatzangaben: 1. Gesamtjahresumsatz des Unternehmers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021 – 2023). Diese Angaben sind auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen zu machen. 2. Der Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre [2021 - 2023] für den Tätigkeitsbereich, der Gegenstand des Auftrags ist, sofern das Unternehmen noch Umsätze aus anderen Tätigkeitsbereichen erzielt. Diese Angaben sind auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen zu machen. [2]. Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Abgaben: Diese Erklärung ist auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen ab-zugeben. [3]. Nachweis einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung: 1. Eigenerklärung darüber, dass für den Bewerber eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens mit folgenden Mindestdeckungssummen besteht: Personenschäden: 3.000.000,00 EUR und sonstige Schäden: 5.000.000,00 EUR. Die Maximierung der Ersatzleistung beträgt mindestens das Zweifache der genannten Deckungssummen pro Versicherungsjahr. Die Berufshaftpflichtversicherung kann während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Die Versicherung weist eine zeitlich unbegrenzte Nachhaftungsfrist auf. Diese Angaben sind auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen zu machen. 1.1. zusätzlich zur

Eigenerklärung ist ein aktueller Nachweis des Bestehens der Betriebshaftpflichtversicherung einzureichen. 2. Alternativ (= Falls der Bewerber zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags noch nicht über die beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügt bzw. die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung nicht die genannten Deckungssummen aufweist): Unwiderrufliche Erklärung, dass der Bewerber in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit den geforderten Mindestdeckungssummen und sonstigen genannten Anforderungen für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende abzuschließen und entsprechende Nachweise dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorzulegen. Diese Angaben sind auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen zu machen. 2.1. Zusätzlich zur Eigenerklärung ist eine verbindliche Erklärung des Haftpflichtversicherers vorzulegen, aus der folgt, dass eine bereits bestehende Haftpflichtversicherung im Auftragsfall entsprechend erhöht bzw. die geforderte Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung gewährt wird.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Beschreibung: Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn der Bewerber über die Fachkunde und Erfahrungen verfügt, die für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen in angemessener Qualität erforderlich sind. Zur Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit verlangt der Auftraggeber die im Folgenden genannten Angaben und Nachweise, die der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen hat: [1]. Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers: Angabe der in den letzten drei Jahren (2021 – 2023) durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl des Bewerbers (ohne Auszubildende) und der Führungskräfte. Diese Angaben sind auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen zu machen. [2]. Referenzen: Gefordert sind mindestens drei geeignete Referenzen über mit der zu vergebenden Leistung vergleichbare Dienstleistungsaufträge des Bewerbers bzw. der Bietergemeinschaft für die technische Gebäudeausrüstung, in denen die Leistungen in den letzten 10 Jahren erbracht worden sind (mithin zwischen 07/2014 und bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung zu dieser Ausschreibung). Bei Bietergemeinschaften ist das jeweilige Mitglied den Leistungen eindeutig zuzuordnen. 2.1 Für die Angaben zu den Referenzen ist die Anlage 02 Referenzprojekte auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen zu verwenden. 2.2. Zusätzlich ist zu jedem Referenzobjekt eine Referenzbeschreibung mit einer näheren Erläuterung des Referenzprojekts (z.B. Leistungszeitraum, erbrachte Leistungen inkl. Angabe der LPH, Art der Nutzung, Größe des Gebäudes) auf höchstens drei weiteren DIN A4 Seiten einzureichen. 2.3 Folgende Anforderungen müssen die Referenzobjekte mindestens erfüllen, damit die Eignung für die anstehende Aufgabe nachgewiesen ist (Mindestanforderungen): 2.3.1. Mindestens ein Referenzprojekt, in dem die wesentlichen Grundleistungen der Handlungsbereiche A (Organisation, Information, Koordination und

Dokumentation), B (Qualitäten und Quantitäten), C (Kosten und Finanzierung) und D (Termine, Kapazitäten und Logistik) gemäß § 2 AHO-Schriftenreihe Nr. 9, Stand 2014, für die Projektstufen 2 bis 5 durchgängig erbracht worden sind, 2.3.2. Mindestens ein Referenzprojekt betreffend Honorarzone III für die technische Gebäudeausrüstung, 2.3.3. Mindestens ein Referenzprojekt in der Größenordnung von mindestens EUR 5 Millionen Euro netto Gesamtkosten (Kostengruppe 300-400 oder vergleichbarer landesspezifischer Kostengruppen), 2.3.4. Mindestens ein Referenzprojekt, bei welchem die Einrichtung, bei der die Leistungen der technischen Gebäudeausrüstung erbracht wurden, bereits erfolgreich den Betrieb aufgenommen hat. 2.4.5. Mindestens ein Referenzprojekt für einen öffentlichen Auftraggeber, welches gem. § 53,55 HOAI 2021, für die Leistungen der technischen Gebäudeausrüstung in den LPH 1-9 durchgeführt wurde. Die oben genannten Mindestanforderungen an Referenzen dürfen durch ein einzelnes Referenzprojekt oder auch durch mehrere Referenzprojekte zusammen nachgewiesen werden. Zum Nachweis der Erfüllung der o.g. Mindestanforderungen ausreichend ist also, dass zumindest unter Berücksichtigung aller vom Bewerber in dem Teilnahmeantrag angegebenen Referenzen (mind. 3) alle oben genannten Mindestanforderungen erfüllt werden. Die Angaben in den vorgelegten Referenzen werden sowohl für die Eignungsprüfung als auch für die Auswahl der zur Teilnahme aufzufordernden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV verwandt. Eine Auswahlentscheidung ist für den Fall erforderlich, dass mehr geeignete Bewerber die Teilnahme beantragen, als zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen. Die Referenzen sind mit den im Teilnahmeantrag enthaltenen Formblättern nachzuweisen, Anlage 02 Referenzprojekte auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen. Bei Bewerbergemeinschaften sind die Referenzkriterien insgesamt nachzuweisen, das heißt der Referenznachweis ist nicht von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln zu führen.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Beschreibung: Die Auswahlentscheidung erfolgt auf Grundlage der in dem Teilnahmeantrag angegebenen Unternehmensreferenzen unter Ausübung des der Auftraggeberin zustehenden Beurteilungsspielraums im Rahmen einer Gesamtbetrachtung. Von den grundsätzlich geeigneten Bewerbern werden diejenigen max. 5 Bewerber ausgewählt, die nach der Einschätzung des Auftraggebers die größtmögliche Gewähr für die ordnungsgemäße Ausführung des vorliegenden Auftrags bieten. Entscheidend ist dabei der Grad der Vergleichbarkeit der angegebenen Unternehmensreferenzen mit den Anforderungen aus dieser Ausschreibung – d.h. inwieweit der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft Erfahrung mit vergleichbaren oder ggf. sogar noch anspruchsvolleren Aufgabenstellungen vorweisen kann. Betrachtet werden dabei maximal fünf bzw. die ersten fünf vom Bewerber in seinem Teilnahmeantrag angegebenen Referenzen. Gibt der Bewerber insgesamt mehr als fünf Referenzen in dem Teilnahmeantrag an, muss er auch angeben, welche fünf Referenzen in der Auswahlentscheidung zu berücksichtigen sind. In der

Auswahlentscheidung nach § 51 Abs. 1 VgV wird die Rangfolge der Bewerber mittels der folgenden Auswahl- / Wertungskriterien für die technische Gebäudeausrüstung der angegebenen Referenzprojekten festgelegt: [1]. Größenordnung der Referenzprojekte: 10 Punkte pro Referenzprojekt mit einer Größenordnung bzw. einem Volumen größer/gleich 5 Millionen Euro (netto) für die anrechenbaren Kosten für die technische Gebäudeausrüstung (Kostengruppe 300-400-oder vergleichbarer landesspezifischer Kostengruppen). Insgesamt maximal 50 Punkte für 5 Referenzen. [2]. Referenzprojekte über erbrachte Leistungen der technischen Gebäudeausrüstung, die sich im laufenden Betrieb befinden: 10 Punkte: ein Projekt (Mindestanforderung); 20 Punkte für zwei Projekte; 30 Punkte für drei Projekte; 40 Punkte für vier Projekte; 50 für fünf Projekte. [3]. Referenzprojekte betreffend den Neubau eines Gebäudes vergleichbarer Größe oder größer (> 2000 qm): ein Projekt: 10 Punkte; zwei Projekte: 20 Punkte; drei Projekte: 30 Punkte; vier Projekte: 40 Punkte; fünf Projekte: 50 Punkte. [3]. Referenzprojekte über mit dem ausgeschriebenen Auftrag vergleichbare Planungsleistungen (technische Gebäudeausrüstung), die für einen öffentlichen Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB erbracht worden sind: ein Projekt: 10 Punkte (Mindestanforderung); zwei Projekte: 20 Punkte; drei Projekte: 30 Punkte; vier Projekte: 40 Punkte; fünf Projekte: 50 Punkte. [4.]Maximal sind 200 Punkte erreichbar für die Auswahlkriterien. Bei Gleichstand entscheidet das Los.“

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Auftraggeber behält sich den Zuschlag auf das Erstangebot vor

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: 1. Umsetzungskonzept, 2. Personalkonzept, Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote aufgeführt und sind abzurufen unter: <https://www.subreport.de/E87611177>.

Beschreibung: Die Qualität ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind ausführlich in den Vergabeunterlagen im Dokument "Aufforderungen zu Abgabe von Teilnahmeanträgen und

Bewerbungsbedingungen" unter dem Punkt: Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote aufgeführt und sind abzurufen unter: <https://www.subreport-elvis.de/E21175971>.

Fester Wert (insgesamt): 60

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: 1. Gesamthonorar, Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote aufgeführt und sind abzurufen unter: <https://www.subreport-elvis.de/E21175971>.

Beschreibung: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind ausführlich in den Vergabeunterlagen im Dokument "Aufforderungen zu Abgabe von Teilnahmeanträgen und Bewerbungsbedingungen" unter dem Punkt: Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote aufgeführt und sind abzurufen unter: <https://www.subreport-elvis.de/E21175971>.

Gewichtung (Punkte, genau): 40

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: [1]. Preis (Gesamthonorar): Maximal können für das Gesamthonorar 40 Punkte erzielt werden. Niedrigstes Gesamthonorar: 40 Punkte. Bei höherem Gesamthonorar anteilige Punktereduzierung nach folgender Formel: $\text{Gesamthonorar des niedrigsten Angebotes} / \text{Gesamthonorar des zu bewertenden Angebotes} \times 40 = \text{Punktzahl}$. Die Punktzahl wird auf die Zehntelstelle gerundet. [2]. Umsetzungskonzept: Maximal kann ein Bieter für das Umsetzungskonzept 20 Punkte erreichen: Die Darstellungen lassen eine: 0 P: unzureichende, 4 P: ausreichende, 8 P: befriedigende, 11 P: gute, 16 P: sehr gute, 20 P: über die Erwartungen weit hinausgehende Erfüllung der ausgeschriebenen Leistungen erwarten. [3]. Personalkonzept: Maximal kann ein Bieter für das Personalkonzept 40 Punkte erreichen. Die Darstellungen lassen eine: 0 P: unzureichende, 5 P: ausreichende, 10 P: befriedigende, 20 P: gute, 30 P: sehr gute, 40 P, über die Erwartungen weit hinausgehende Erfüllung der Ausgeschriebenen Leistungen erwarten.

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: DEU

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 31/08/2024 10:30 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: [
<https://www.subreport.de/E87611177>] ---

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 11/10/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E87611177>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 12/09/2024 10:30 +02:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 59 DAY

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle kann gemäß § 56 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 VgV unternehmensbezogene und leistungsbezogene Unterlagen nachfordern oder vervollständigen.

Auftragsbedingungen:

Elektronische Rechnungsstellung: *Zulässig*

Aufträge werden elektronisch erteilt: Yes

Zahlungen werden elektronisch geleistet: Yes

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern getragene Erklärung abzugeben, in der die Bildung einer Bietergemeinschaft sowie einer Arbeitsgemeinschaft aus allen Mitgliedern im Auftragsfall erklärt wird, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für das Vergabeverfahren und die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist. Die Bewerbergemeinschaft hat zu erklären, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, und dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, der späteren Bietergemeinschaft und (im Auftragsfall) der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften. Die Bewerber-/Bietergemeinschaften haben für diese Erklärung zwingend das Formblatt 234 (Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft) einzureichen. zu verwenden. Dieses ist vollständig ausgefüllt, von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterschrieben (Textform nach § 126b BGB reicht hier nicht) und eingescannt im PDF-Format mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Finanzielle Vereinbarung: Hinweis zu BT-743: Eine elektronische Rechnungsstellung ist zulässig, aber nicht erforderlich

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn

Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Entfällt

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Entfällt

5.1.16 Weitere Informationen, Mediation und Überprüfung

Überprüfungsstelle: [Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau -Vergabekammer-] ---

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: [Stadtverwaltung Neuwied] ---

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: [Stadtverwaltung Neuwied] ---

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: [Stadtverwaltung Neuwied] ---

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: [Stadtverwaltung Neuwied] ---

Organisation, die Angebote bearbeitet: [Stadtverwaltung Neuwied] ---

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

Identifikationsnummer: Berichtseinheit-ID 00000628

Postanschrift: Engenser Landstr. 17

Ort: Neuwied

Postleitzahl: 56564

NUTS-3-Code: *Neuwied* (DEB18)

Land: *Deutschland*

E-Mail: verdingungsstelle@neuwied.de

Telefon: 04926318020

Internet-Adresse: <https://www.neuwied.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau -Vergabekammer-

Identifikationsnummer: USt-ID: DE355604198

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

NUTS-3-Code: Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vegabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telefon: 06131162234

Fax: 0613116162113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

11 Informationen zur Bekanntmachung

11.1 Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 15301739-803a-4000-947b-7e9a9fd0e502 - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/08/2024 15:50 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*